

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

28. August 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2906-2907

Einigung im Baugewerbe.

Lohnerhöhung auf der ganzen Linie.

Die Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die der Erledigung des Antrages auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 14. August vorausgingen, sind schließlich mit einer Lohnvereinbarung abgeschlossen worden. Daß die Verhandlungen sich sehr schwierig gestaltet haben ist bereits gemeldet. Sie wurden nach 17stündiger Dauer heute morgen 7 Uhr beendet.

Bekanntlich waren die Löhne der Tiefbau- und Bauhilfsarbeiter heiß umstritten. Am heftigsten die der Tiefbauarbeiter. Daran drohen wiederholt die Verhandlungen zu scheitern. Schließlich verzichteten die Parteien auf die tarifliche Lohnregelung dieser Gruppe. Die Vereinbarung erstreckt sich daher nur auf Facharbeiter- und Bauhilfsarbeiterlöhne.

Im Bezirk Groß-Berlin beträgt der Lohn der Facharbeiter 1,25 M. pro Stunde und der der Bauhilfsarbeiter 0,96 M. Gegenüber dem Schiedsspruch vom 14. August 1925 ist eine Lohnerhöhung für Facharbeiter um 5 Pf. die Stunde und für Bauhilfsarbeiter um 4 Pf. zu verzeichnen. Gegenüber den Löhnen vor der Aussperrung beträgt die Erhöhung der Stundenlöhne für Facharbeiter 10 Pf., für Bauhilfsarbeiter 6 Pf. die Stunde. Es ist bekannt, daß bereits ein Schiedsspruch unter Vorbehalt des Herrn Schallhorn gefaßt worden, der für Facharbeiter pro Stunde 1,30 M. vorsah. Dieser Schiedsspruch wurde aber von der Arbeitgeberorganisation und der Organisation der Arbeitnehmer abgelehnt und ist daher niemals wirksam geworden.

Für die übrigen Streit- und Aussperrungsgebiete sind folgende Löhne vereinbart: Freiburg i. Br.: Facharbeiter 1,12 M., Hilfsarbeiter 0,90 M.; Mannheim: Facharbeiter 1,15 M., Hilfsarbeiter 0,92 M.; Freistaat Sachsen: Facharbeiter 1,14 M., Hilfsarbeiter 0,95 M.; Provinz Sachsen und Anhalt: Facharbeiter 1,05 M., Hilfsarbeiter 0,90 M.; Mecklenburg: 96 und 84; Kassel: 1,05 und 0,87.

Diese Löhne sind Spitzenlöhne der Hauptorte innerhalb dieser Bezirke, d. h., die in diesen Orten festgesetzte Lohnerhöhung pro Stunde wird auch in gleichen Umsätze auf die Löhne in den übrigen Lohngebieten des Bezirks daraufgezählt. Die neuen Lohnsätze treten am nächsten Montag, den 31. August, in Kraft. Die Arbeit wird möglichst sofort wieder aufgenommen. Maßregelungen finden beiderseits nicht statt. Die Lohnregelung gilt bis zum 30. November d. J. Die übrigen Bestimmungen des Schiedsspruches vom 14. August bleiben in Kraft, d. h. soweit Änderungen der Ortsklassen strittig geblieben sind, bleibt sie der Verständigung der Parteien überlassen. In denjenigen Lohnbezirken, in denen bisher durch Tarifvereinbarung oder Schiedsspruch die Bezüge der Lehrlinge geregelt sind, verbleibt es bei dem bisherigen Brauch. Ebenso bleiben die bisherigen Regelungen des Werkzeuggeldes oder sonstiger besonderer Entschädigungen bestehen. Ueber die Bestimmungen eines Manteltarifs werden die Parteien alsbald zur Verhandlung zusammengetreten, damit auch die in den Bezirken unregelmäßig gebliebenen Tarife geregelt werden.

Die Lohnvereinbarung, die die geplante Aussperrung im deutschen Baugewerbe inhibiert, fand unter ganz besonderen Verhältnissen statt. Die Parteien mußten sich entscheiden, einen sonst nicht üblichen Weg zu wählen, um über Annahme oder Ablehnung dieses Verhandlungs-

resultats zu befinden. Die Lohnvereinbarung ist von den zuständigen Zentralorganisationen vollzogen worden, und damit ist die in Aussicht gestellte Aussperrung vermieden.

Diese Vereinbarung beendet den Konflikt im Baugewerbe. Der Reichsverband des Deutschen Baugewerbes teilt dazu mit: „Hierdurch wird die angekündigte Generalaussperrung aufgehoben. Leider muß festgestellt werden, daß diese Einigung durch die Arbeitgeberverbände des Hoch- und Betonbaugewerbes mit schweren Opfern erkauft wurde. Nicht nur die Facharbeiterlöhne in den strittigen Gebieten wurden erhöht, sondern auch die Löhne der Hilfsarbeiter erfuhr teilweise eine Erhöhung bis 5 Pfennig pro Stunde.“

Zu dieser Mitteilung sei ergänzend hinzugefügt, daß die Lohnerhöhung der Hilfsarbeiter in Berlin 6 Pf. beträgt. Die Tiefbauarbeiter werden in den strittigen Gebieten zunächst tariflos arbeiten. Es ist jedoch nicht daran zu zweifeln, daß auch auf die Tiefbauarbeiter die vorgenommene Lohnerhöhung sich automatisch auswirken muß. Es wird natürlich vor allen Dingen von der Stärke und dem Umfang der Organisationszugehörigkeit der Tiefbauarbeiter abhängen, ob die Lohnerhöhung mehr oder weniger groß ist.

Die Organisationen standen heute früh vor der Frage, ob sie auch im Tiefbaugewerbe auf den Abschluß eines Lohnvertrages bestehen oder es zur allgemeinen Aussperrung im Baugewerbe kommen lassen sollen. Die Bauarbeiterorganisationen haben sich für die Unterzeichnung des oben skizzierten Abkommens entschlossen. Sie waren nach reiflicher Ueberlegung der Ueberzeugung, daß die strittige Frage der Tiefbauarbeiterlöhne in keinem Verhältnis steht zu dem Risiko einer Generalaussperrung im Baugewerbe. Es kam hinzugefügt werden, daß praktisch genommen, die oben angeführten Löhne nur als Mindestlöhne anzusehen sind, und daß im allgemeinen die Löhne überschritten werden dürfen.

Die Fragen der Arbeitszeit, der Ferien usw. sind besonderen Vereinbarungen vorbehalten. Es ist außer Zweifel, daß die Bauarbeiter nach dem glänzend geführten Kampfe, der den Bauunternehmern schwere Wunden geschlagen hat, diese Verhandlungen erfolgreich führen werden. Faktisch besteht ja überall der Achtstundentag, in Berlin sogar eine Arbeitszeit von 46½ Stunden die Woche. Die Unternehmer verzichteten auf den Versuch einer Verlängerung der Arbeitszeit, die zu Beginn des Kampfes von ihnen vorangestellt worden ist.

Die Bauarbeiter haben den Angriff der Unternehmer auf die Arbeitszeit nicht nur abgelehnt, sondern sie haben darüber hinaus Lohnerhöhungen bis zu 10 Pf. die Stunde durchgesetzt, obwohl die Reichsregierung im Verein mit den gesamten Unternehmerverbänden die Parole ausgegeben hat: Unter keinen Umständen Lohnerhöhung! Die Bauarbeiter haben dank ihrer ausgezeichneten Organisation es verstanden, trotzdem eine zwar nicht vollbefriedigende, aber immerhin nicht unerhebliche Lohnerhöhung durchzusetzen. Dieser unter den gegenwärtigen Umständen hoch zu bewertende Erfolg wird seine Wirkung nicht verfehlen.

Die Paktverhandlungen.

Mißtrauen in Paris.

Paris, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Annahme des französischen Vorschlages einer Konferenz juristischer Sachverständiger durch Deutschland wird in Paris lebhaft begrüßt. Die Annahme dieses Vorschlages habe es Deutschland ermöglicht, so rasch auf die französische Note zu antworten. Man dürfe jedoch, schreibt der „Petit Parisien“, diesen Schritt Deutschlands nicht als Gewinn für den endgültigen Erfolg der Paktverhandlungen ansehen. Das offiziöse in Berlin veröffentlichte Communiqué habe die Einwände Deutschlands hinsichtlich seines Eintritts in den Völkerbund aufrecht und scheine die Räumung der Kölner Zone zur Vorbedingung für den Abschluß eines Garantiepaktes machen zu wollen. Dies sei ein unzulässiger Versuch, zwei ganz verschiedene Fragen zu verwickeln. Er zeige, daß der deutsche Vorschlag vom Februar nicht ohne Hintergedanken erfolgt sei. Man dürfe sich nicht zu früh freuen. Allein die Aussprache der juristischen Sachverständigen werde erlauben, sich Rechenschaft darüber abzugeben, ob die deutsche Regierung wirklich den Willen zur Einigung habe, oder ob sie nur das Gesicht wahren wolle, um später auf die Alliierten und in erster Linie auf Frankreich die Verantwortung für einen Mißerfolg abwälzen zu können. Die übrigen Blätter, die sich vornehmlich mit dem Ergebnis der Londoner Reise Cail্লাux' beschäftigen, unterlassen es, zu der Paktverhandlungen Stellung zu nehmen.

Vereinigte Staaten von Europa.

Sind wir auf dem Weg dahin?

Paris, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Presse unterläßt es nach wie vor, zu der von Frankreich überreichten Note Stellung zu nehmen. Der „Temps“ sucht die weitere Entwicklung der Dinge ganz von Deutschland abhängig zu machen und erklart: Deutschland stehe jetzt am Scheidewege, es müsse seine Ent-

scheidung im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung treffen. Nur von ihm hänge es ab, den Garantiepakt zur Wirklichkeit werden zu lassen. — Nach der „Information“ soll die für den September in Aussicht genommene Konferenz der Außenminister der beteiligten Länder in Lausanne stattfinden, nur 60 Kilometer von Genf entfernt, wo zur Völkerbundversammlung 20 Außenminister sich einfinden werden. Das sei ein einzig dastehender Fall in der Geschichte der Außenpolitik. Frankreich, fährt das Blatt fort, glaube nicht an die Unmöglichkeit, nach und nach zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa zu gelangen, die allein bewaffnete Konflikte ausschließen. Das von Frankreich vorgeschlagene System der Schiedsgerichtsverträge bilde den ersten Schritt zu diesem freilich noch in weiter Ferne liegenden Ideal.

Die deutsche Note in Rom.

Ueberreichung durch den Geschäftsträger.

Rom, 28. August. (WTB.) Der deutsche Geschäftsträger Botschaftsrat Dr. v. Prittwitz überreichte gestern dem Kabinettschef im Außenministerium Marquis Paulucci Calboli die Antwort Deutschlands auf die französische Note vom 24. August über den Sicherheitspakt.

Der Marokkokrieg.

Marschall Lyautey geht zur Information nach Paris.

Paris, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Marschall Lyautey hat sich am Donnerstag in Casablanca nach Frankreich eingeschifft. Die Dauer seines Aufenthalts in Paris soll lediglich von der Zeit abhängen, die erforderlich ist, um die verschiedenen amtlichen Stellen über die militärische und politische Lage in Marokko in Kenntnis zu setzen. Daraufhin werde der Marschall sofort wieder nach Marokko zurückkehren.

Ein Sündenbock gesucht.

Die Zollregierung und ihr Preisabbau.

Aus Kreisen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns geschrieben:

Ganze zwei Stunden vor der Veröffentlichung ihres Preisabbauprogramms hat die Reichsregierung auch die Vertreter aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen damit bekannt gemacht. Allerdings nicht in der Absicht, sie zur Mitarbeit an der Durchführung dieses Programms einzuladen, sondern nur um ihnen zu sagen, daß sie von den Gewerkschaften erwarten, daß sie die Durchführung der Absichten der Reichsregierung nicht dadurch stören mögen, daß sie Lohnbewegungen zum Ausgleich künftiger Preissteigerungen einleiten! Denn solche Lohnerhöhungen können — nach Ansicht der Reichsregierung — von der „Wirtschaft“ nicht mehr getragen werden und mühten, wenn sie dennoch durchgeführt würden, notwendig zu neuen Preissteigerungen und damit zu erhöhter Teuerung führen. Und ein Preisabbau sei dann natürlich erst recht nicht mehr möglich...

Es ist eine ganz neue Art von Lohnbewegungen, die die Reichsregierung da entdeckt hat. Gemeint sind in Wirklichkeit aber die Lohnbewegungen, die die Gewerkschaften notgedrungen führen müssen, um die bestehende Teuerung, die zurückerliegenden Preissteigerungen auszugleichen. Daß solche Lohnerhöhungen nicht getragen werden könnten, wird die Reichsregierung schwerlich beweisen können; denn wenn sie nicht überzeugt davon wäre, daß die Unternehmer aller Art unberechtigt hohe Gewinne einfänden, dann wäre ihre ganze geplante Aktion ja von vornherein sinnlos und ein Schlag ins Wasser. Man wird also den Arbeitern und Angestellten und den sie vertretenden Gewerkschaften das Recht nicht gut streitig machen können, auf eine gerechtere Verteilung der Gewinne dieser Art hinzuwirken, nötigenfalls also auch mit dem Mittel des Lohnkampfes. Wobei zu bedenken ist, daß diese Gewinne zum erheblichen Teile auf Kosten der Arbeiter und Angestellten erzielt worden sind und noch immer erzielt werden.

Es ist sehr erfreulich — wenn auch im Grunde selbstverständlich — daß die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen in absoluter Einmütigkeit es abgelehnt haben, der Regierung die von ihr gewünschte Zusage zu machen. Es ist aber auch kaum anzunehmen, daß die Reichsregierung im Ernst mit solcher Zusage gerechnet haben kann. Auf eine Beratung durch die Vertreter der Gewerkschaften hat die Reichsregierung aber ebenso wenig gerechnet, da sie, wie schon gesagt, ihr Programm ja schon fix und fertig hatte, als sie die Gewerkschaftsvertreter empfing.

Die Sache muß also einen anderen Zweck gehabt haben — und hat es auch. Die Reichsregierung zweifelt selbst an der Durchführung ihres Programms und sucht deshalb wohl beizeiten nach einem Sündenbock, dem sie die Schuld dafür aufbürden kann. Sollen die Sündenbock die Gewerkschaften abgeben?!!

Sehen wir uns darauf hin dieses Preisabbauprogramms etwas näher an. Wenn man so liest, könnte man leicht scheitern. Ja, wenn man die Taten dieser Regierung nicht kennen würde, könnte man ihr Programm sogar als ein ganz vorzügliches bezeichnen. Wir zweifeln auch nicht daran, daß der erste wirklich ernsthafte Versuch, es durchzuführen, der Regierung den Vorwurf „marxistischer Methoden“ eintragen würde, was ja wohl der ärgste Schimpf wäre, den man dieser Regierung antun könnte.

Dieses Programm, tatsächlich durchgeführt, bedeutete eine Revolution von oben! Wird dazu die Regierung Luther den Mut und die Fähigkeit aufbringen? Man kann sich unschwer vorstellen, welchen Sturm der Empörung und Entrüstung auch nur der ernsthafteste Versuch der Durchführung dieses Programms in den Kreisen hervorrufen würde, gegen die es angewendet werden soll. Ein Sturm, der die Regierungsmänner, die hinter diesem Programm stehen, in wenig Tagen hinweggefegt haben würde. Wir haben zu dem neuen Luther nicht das Vertrauen, daß er einem solchen Sturm zu trotzen und ihm gegenüber, wie sein großer Namensvetter, erklären würde: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!“

Der Reichskanzler Luther wird davon eben doch anders können, und zwar so, wie die Kreise es wollen, von denen die heutige Reichsregierung gehalten und gestützt wird. Sie haben ja auch schon mit aller Deutlichkeit erklärt, daß sie gar nicht daran denken, bei dieser Sache mitzumachen.

Es hieße die Regierung Luther aber auch in ihrer geistigen Kapazität unterschätzen, wollte man ihr unterstellen, sie hätte auch nur einen Augenblick daran geglaubt, daß das Unternehmertum bei der Durchführung ihrer Preisabbaumaßnahmen freiwillig mitgehen würde oder sich solche auch nur gutwillig gefallen ließe! Was also, so fragen wir nochmals, hatte es für einen Zweck, die Gewerkschaftsvertreter einzuladen, nachdem man es nicht für notwendig befunden hatte, ihre Auffassungen über die Maßnahmen zu dem an sich durchaus notwendigen Preisabbau vorher kennen zu lernen? Wollte man sie wirklich nur mit Dingen bekanntmachen, die ein Jahr früher angewendet, vielleicht manches Schlimme hätten verhüten können?

Wir sind nicht so naiv, das anzunehmen und die Antwort kann daher nur dahin lauten, daß die Reichsregierung durch ihre scheinbar höfliche Geste etwas ganz anderes beabsichtigt hat, nämlich, wie schon oben angedeutet, sich des Sündenbocks zu versichern, dem sie die Schuld für das Scheitern ihres Planes aufhalsen kann, obwohl die Gründe dieses mit Sicherheit zu erwartenden Scheiterns ganz wo

anders liegen — nämlich bei dieser Regierung selbst und bei ihren intimsten Freunden und Schützlingen. Wenn daran noch ein Zweifel bestanden haben sollte, so dürfte er behoben worden sein durch die Erklärung, die die Spitzenorganisationen des deutschen Unternehmertums in ihrer Kundgebung zur Aussperrung der Bauarbeiter abgegeben haben, worin es heißt, daß die Bemühungen der Reichsregierung und der Wirtschaftsvverbände, weiteren Preissteigerungen vorzubeugen und eine Preisentwertung zu erreichen... unterbunden würden, wenn die Forderungen der Bauarbeiter bewilligt werden.

Da liegt der Hase im Pfeffer!

Die Gewerkschaftsvertreter haben der Regierung diesen Bind rechtzeitig aus den Segeln genommen. Sie haben ihr und den Unternehmern nicht den Gefallen getan, sich in die Rolle des neuen „Dolchschäfers“ versehen zu lassen. Sollten trotzdem eines Tages Regierungs- und Unternehmerpresse verständlich, daß die Preisentwertung der Reichsregierung an der Halsstarrigkeit der Gewerkschaften gescheitert ist, dann weiß alle Welt, daß das ein aufgelegter Schwindel ist, wobei die Frage offen bleibt, ob die ganze Aktion nicht von vornherein lediglich ein ausgeklügelter bluff gewesen ist.

Die preußische Amnestie.

Der Sinn der Verordnung.

Bei der Bedeutung der preußischen Amnestieverordnung vom 21. August 1925 ist es wichtig, auf einige allgemeine Gesichtspunkte hinzuweisen, die in der allgemeinen Verordnung des Justizministers zur Ausführung dieser Verordnung enthalten sind, zumal sie aus sich selbst nicht leicht verständlich ist.

Der Schwerpunkt der Verordnung liegt, wie mit Recht darin betont ist, im § 2, Abs. 1, Nr. 4 der Verordnung. Für diese Vorschrift ist der Gesichtspunkt von entscheidender Bedeutung, daß nach den politischen und wirtschaftlichen Wirken der Kriegs- und Nachkriegszeit durch Straffreiheit die politische und wirtschaftliche Beteiligung des Volkes bewirkt werden soll. Die in der genannten Bestimmung aufgeführten Paragraphen des Strafgesetzbuches (110, 111, 113 bis 116, 123 bis 125, 127, 130, 131, 134, 135, 185 bis 187, 189, 223, 223a, 303, 304) sind nicht erschöpfend; auch andere Straftaten, z. B. Bedrohung, Nötigung kommen in Betracht. Als öffentliche Kundgebung sind nicht nur Demonstrationen, sondern auch Versammlungen, insbesondere auch in der Presse, anzusehen. Als „im politischen oder wirtschaftlichen Kampf“ erfolgt sind Kundgebungen dann aufzufassen, wenn sie zur Anstragung oder in Auswirkung politischer oder wirtschaftlicher Gegenstände geschehen sind. Der Straffreiheit teilhaftig werden sollen namentlich solche Personen, die aus ihrer politischen Auffassung heraus oder unter dem Einfluß wirtschaftlicher Schwierigkeiten Straftaten bei Demonstrationen, Streiks, Aussperrungen, Lebensmittelunruhen und ähnlichem begangen haben.

Hinsichtlich der Ausnahmen, die für Straftaten gelten, die aus Rohheit, Gewinnsucht oder aus einem sonstigen niedrigen Beweggrund begangen sind, sagt die allgemeine Verordnung des Justizministers, daß nicht schon jeder Eigennutz die Straffreiheit ausschließt, sondern nur Gewinnsucht, daß heißt, wenn der Täter sich oder einen Angehörigen bereichern wollte. Unter einem niedrigen Beweggrund sind z. B. Haß oder Rachsucht zu verstehen; politische oder wirtschaftliche Beweggründe sind nicht als niedrige Beweggründe anzusehen. Wenn in Abweichung von früheren Amnestiegesetzen das Wort „lediglich“ (aus Rohheit usw.) nicht aufgenommen worden ist, so hat damit zum Ausdruck gebracht werden sollen, daß es nicht gerade erforderlich ist, daß der Beweggrund für die Tat einzig und allein Rohheit, Gewinnsucht oder ein sonstiger niedriger Beweggrund gewesen sein müsse; es soll vielmehr genügen, aber auch erforderlich sein, daß einer dieser Beweggründe in so überwiegendem Maße bestimmend gewesen ist, daß dahinter andere Beweggründe, insbesondere das politische Motiv, zurücktreten sind. Schließlich sei noch hervorgehoben, daß die Verordnung besagt, die Vorschriften der Amnestieverordnung sind nicht engherzig

anzuwenden. Die Behörden haben bei ihren Entscheidungen für eine weitgehende Anwendbarkeit der Amnestie einzutreten und in Zweifelsfällen zugunsten des Beschuldigten oder Verurteilten Stellung zu nehmen. Wenn eine Strafvollstreckungsbehörde bei der Durchführung der Akten auf Fälle stößt, die zwar nicht unter die Verordnung fallen, bei denen jedoch ein Gnadenbeweis im Sinne des von der Verordnung verfolgten Zieles, der Förderung der politischen oder wirtschaftlichen Befriedung des Volkes liegen würde, so hat sie diese dem Beauftragten für Gnadenfachen vorzulegen, der alsdann an den Justizminister zu berichten hat; dieses gilt auch bei Zuchthausstrafen.

Helden und Verleumder.

Ein völkischer Professor und ein republikanisches Gericht.

Zur Zeit der Reichspräsidentenwahl hatte — wie die „Völkische Zeitung“ berichtet — der den „Völkischen“ nahestehende Münchener „Geschichtsprofessor“ Geheimrat Dr. Otto in einem Aufsatz dem „Reichsbanner“, den Sozialisten und Demokraten den Vorwurf gemacht, sie hätten sich für Zwecke des Wahlkampfes durch ausländisches Geld bestechen lassen. So schrieb diese Säule deutscher akademischer Jugendberziehung und der Geschichtswissenschaft im „Frankfurter Kurier“:

„Denjenigen ausländischen Kreisen, die das Reichsbanner mit ausbezogen haben, muß natürlich auch an einem Siege der ihr so willfährigen deutschen Linken bei den kommenden Reichstagswahlen sehr viel gelegen sein. Und so erzählten sich denn Eingeweihte im In- und Auslande, daß die wohlgefüllten Wahlkassen, über die Sozialisten und Demokraten diesmal verfügen und die sie so ruhig eine Reichstagsauflösung durch ihren Protektor Ebert riskieren ließen, mit ausländischem Gelde ausgefüllt seien! Man hat keine Scheu vor dem Gelde des Feindes... usw.“

Die demokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer und Koch reichten Privatklage vor dem Amtsgericht in Charlottenburg ein. Aber zur Verhandlung und zur Erbringung des Wahrheitsbeweises durch den völkischen Jugendbildner kam es jedoch nicht. Ein wunderbares Zusammenspiel zwischen dem Beklagten und dem Bericht machte das unmöglich.

Der Geheimrat Otto erklärte nämlich in einem Schriftsatz, daß er keineswegs der „Demokratischen Partei“ den Vorwurf der Befehlschuld durch das Ausland habe machen wollen. Das Gericht akzeptierte diese Ausrede und stellte das Verfahren ein, mit der Begründung, daß „unter Demokraten nicht nur die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei zu verstehen sind, sondern auch die Angehörigen anderer Parteien, die auf dem Boden der demokratischen Weltanschauung stehen.“

Es kann also nach Auffassung dieses Gerichts jeder durch „Reichsbanner“, „Demokraten“ und „Sozialisten“ genau präzipierte Personenkreis durch Behauptung unwahrer Tatsachen beschimpft werden, ohne daß der Verleumder gerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden kann, wenn die Beschimpfung nur so allgemein gehalten ist, daß sie auch auf jeden anderen bezogen werden kann.

Der völkische Universitätsprofessor hält sich berechtigt, offensichtliche Lügen öffentlich zu wiederholen, in der stillen Hoffnung, daß es keinen Mäher gibt, der ihn belangen kann, und daß es in Deutschland Richter gibt, die seine Windbeutelereien glauben.

Kongressschluß in Marseille.

Annahme der Resolutionen über internationale Politik.

V. Sch. Marseille, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) In seiner weiteren Ausführungen in der gestrigen Sitzung des Kongresses polemisierte Breitscheid wirkungsvoll gegen den dilettantischen Vorstoß Victor Bergers (Amerika) in der Kommission, wo er sofortige Revision der Friedensverträge gefordert hatte. Breitscheid erklärte, daß uns Deutschen nichts lieber sein würde, als eine sofortige Revision, aber wir wollen doch praktische Ergebnisse erzielen und müssen deshalb die tatsächlichen Möglichkeiten berücksichtigen. Breitscheids Rede, die ein entschiedenes Bekenntnis zur Realpolitik entsprechend den neuen verantwortungsvollen Aufgaben der großen Arbeiterparteien Europas enthielt, erzielte allgemeinen Beifall.

Léon Blum (Frankreich) unterstrich in berechneten Worten den Standpunkt Breitscheids, daß es sich für die Internationale um

aktuelle Aufgaben handle. Er bezeichnete es als historisches Verdienst des Marzeller Kongresses, daß er in einem wichtigen politischen Augenblicke durch die Einigkeit der Arbeiterklasse aller Länder den bürgerlichen Regierungen ein Beispiel zeige und gleichzeitig eine Warnung erteile.

Turati (Italien) verlas namens der Italiener, der Deutschösterreicher, der Deutschböhmern, der russischen Menschewisten und einer größeren Anzahl Parteien der kleineren Länder, die gewissermaßen die Linke des Kongresses bildeten, eine Erklärung, wonach sie zwar der Resolution ihre Zustimmung gäben, jedoch einen energischeren Ton, mehr marxistischen, proletarischen Klassengeist, insbesondere bei der Forderung der Vertragsrevision und des Kampfes gegen den Militarismus gewünscht hätten. Da jedoch Turati nochmals die Einigkeit über alles stellte und die Zustimmung zur Resolution veränderte, war seine Erklärung keinesfalls ein Mißklang, sondern nur ein Ausdruck der Stimmung solcher Parteien, die mit der Verantwortung nicht so sehr belastet sind wie die anderen Parteien. Das brachte de Brouckère namens der Belgier entschieden zum Ausdruck, als er für seine Partei, die jetzt eine stärkere Verantwortungslast trage, die rückhaltlose Zustimmung erklärte. Unter lebhaftem Beifall des Kongresses erfolgte die einstimmige Annahme der Resolution.

Die Nachsitzung begann mit einem Bericht über eine besondere Marokkoresolution, die im Namen der politischen Kommission von Besteiro (Spanien) begründet wurde. Sie stellte die letzten Endes eine Wiederholung und Bestätigung der kürzlich angenommenen gemeinsamen Beschlüsse der englischen, französischen und spanischen Sozialisten durch den Kongress dar. Besteiro machte besonders die britische Regierung verantwortlich, die durch ihre Passivität den Marokkokrieg fördere. Pierrard (Belgien) begründete namens der Kommission den Beschluß, die Kolonialfrage auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen.

Um 11 Uhr wurde endlich der Bericht der Diskussionskommission durch Bauer erstattet. Diese heikelste Aufgabe des gesamten Kongresses wurde unter atemloser Spannung der nicht zusammen gescharten Delegierten und unter wiederholten Beifallstundungen vom österreichischen Arbeiterführer meisterhaft gelöst. Er verstand es sehr wirksam, jede Mißdeutung zu verhindern, als bedeute die Resolution irgend eine Verbeugung vor dem Bolschewismus, dessen innen- und außenpolitische Tendenzen er scharf kennzeichnete. In zündenden Worten schilderte er sodann das Erwachen der unterdrückten Völker Asiens, das er unter dem stürmischen Beifall des Kongresses als Meuterei der letzten Reservearmee des Weltkapitalismus bezeichnete. Den unterdrückten Völkern übermittelte er den Gruß der sozialistischen Internationale.

Bauer brandmarkte sodann den Faschistenterror in den Randstaaten und in Bulgarien, trat in wirkungsvoller Weise für die nationalen Minderheiten ein und forderte die sozialistischen Parteien der herrschenden nationalen Mehrheiten in den Nationalitätenstaaten auf, den Worten der Resolution auch Tat und Erfolg folgen zu lassen. Schließlich nahm er persönlich wie auch namens der Oesterreicher Stellung zu der Polemik zwischen Turati und de Brouckère in der Nachmittagsitzung. Er erkannte die Wichtigkeit und Schwierigkeit der Aufgaben derjenigen Parteien an, die die Verantwortung tragen. Doch müsse die Arbeiterklasse, insbesondere die Jugend, durch lebendigen Kampf um die unerrückbaren Ziele des internationalen Sozialismus begeistert werden. Einmütiger Beifall lohnte die rednerische Meisterleistung Bauers, die eine erhebende Krönung dieses Kongresses darstellte.

Nach der Rede Bauers gab de Brouckère im Namen von zwölf Parteien (Frankreich, Belgien, Schweden, Finnland, Polen und die meisten Oparteien) eine Erklärung ab, die er selbst als eine Art Gegenstück zur Erklärung Turatis gegenüber der Westresolution bezeichnete. Er machte teilweise Vorbehalte hinsichtlich der Stellungnahme zu Smytrowski, die er scharfer gewünscht hätte, stimmte aber trotzdem der Resolution zu, die unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen wurde.

Henderson (England) hielt sodann das Schlusswort. Nach einem Dank an die Organisatoren des Kongresses zog er in wenigen Worten das Fazit des Kongresses, der sich zur Demokratie und zum Sozialismus als den besten Friedensbürgschaften bekannt habe.

Zwei Pfarrer.

Von Hans Bauer.

Die religiöse Frage spielt heutzutage bei weitem nicht die Rolle wie in vergangenen Jahrhunderten, aber auch der antireligiösen Frage kommt nicht die Bedeutung zu, die sie in den letzten Jahrzehnten besaß. Mindestens stehen die philosophischen und die historischen Probleme der Religion nicht mehr im Vordergrund des aktuellen Kampfes der Anschauungen. Es kommt in diesen Dingen nicht mehr so sehr auf das Theoretische, auf das gedankliche Fundament als vielmehr auf die praktischen Wirkungen an. Der Unterschied zwischen Freidenker und Gläubigem besteht, aber er ist seinem ganzen Wesen nach bedeutungslos, als der zwischen politischen Gegnern, und wenn ein Gottesgläubiger daherkommt und sich uns als freigeistlicher, friedliebender und sozialer Mensch vorstellt, so dürfte es auch unter sehr konsequenten Freidenkern, sofern sie eben so gestimmt sind, nur wenige geben, die an dem Gottesbekenntnis des Gläubigen entscheidenden Anstoß nehmen. Es gibt solche Leute, die nicht trotz ihres Glaubens, sondern um dieses Glaubens willen, sich in die Front des fortschrittlichen Denkens eingereiht haben. Die positive Bewegung zum Beispiel weiß eine ganze Anzahl solcher Pastoren auf, und erst in diesen Tagen hat der Eisenacher Pfarrer Emil Fuhs von sich reden gemacht. Dieser durchaus freigeistlich gestimmte Geistliche hat in unserem dortigen Parteiblatt eine Anzahl Artikel veröffentlicht und in einem davon auch scharf gegen die deutsche Justizmach Stellung genommen, gegen diese „Rechtsprechung voll politischer Heimtücke“, und ein Wehe über ein Volk ausgesprochen, das Leute ohne Rechtsempfinden zu seinen Führern wählt. Diese tapferen Worte, über deren Berechtigung gar nicht zu streiten ist, haben ihm eine Rüge vom Thüringischen Landeskirchenrat eingetragen, die sich auf eine aus dem Jahre 1921 herrührende Bekanntmachung stützt, in der der politischen Betätigung der Geistlichen Grenzen gezogen werden.

In solche Bekanntmachungen pflegen sich die Kirchenräte immer nur dann zu erinnern, wenn ein Pfarrer zu erkennen gibt, daß er links steht. Auf diejenigen, die nach rechts neigen, haben sie keine Obacht. Da fand vorigen Sonntag in Leipzig ein Wermoltz-„Thing“ statt. Die Fahnenweihe vollzog der Pfarrer Ballentin aus Glienburg. Er schlug über die schwarzen, mit einem weißen Totenkopf und gekreuzten Gebeinen besetzten Banner das Kreuz und segnete sie. Diese Tücher sollen nach dem Willen der verwilderten Landstreichersfiguren, die sie führen, dem Abwürgungskampf gegen die neue Staatsform und der blutigen Terrorisierung der Arbeiter einmal vorantreiben. Es denkt kein Kirchenrat daran, gegen den Pfarrer Ballentin einzuschreiten. Er sieht sich das mit an. Er ist damit einverstanden.

Da ist zu sagen: Es kommt nicht so sehr darauf an, ob einer an Gott glaubt oder nicht. Aber es kommt darauf an, daß, wenn er es tut, er es ehrlich tut, daß er seinen Glauben nicht dienen, sondern herrschen läßt. Das braucht noch gar nicht zu heißen, daß jeder Pfarrer in allen politischen Tagesfragen so denken soll wie wir selbst. Aber das soll heißen, daß kein Pfarrer die großen Menschheitsidee der Nächstenliebe, der Menschheitsgemeinschaft, der Friedfertigkeit verleugnen darf. Ein Pfarrer

aber, der Nordbrennerfahnen segnet, verleugnet diese Ideale; nur ein Pfarrer, der für die Sauberkeit der Rechtspflege eintritt, bekennt sich zu ihnen. Und eine Kirche, die sich hinter diese Art von Geistlichen stellt, hat Existenzberechtigung, wohingegen eine Kirche, die jene Art deckt, ihren Untergang verdient.

Der Tod des bedeutendsten indischen Sanskritisten. Sir Ramkrishna Gopal Bhandarkar wird von englischen Blättern gemeldet. Als Sohn eines kleinen Beamten wurde der Gelehrte 1837 im Ratnagiri-Bezirk geboren. Seine große Begabung für die Sprachwissenschaft zeigte sich bereits auf dem Elphinstone College in Bombay, und so wurde ihm die Möglichkeit gegeben, weiter vergleichende Philologie unter Dr. Haug am Deccan College in Poona zu studieren. Infolge seiner bahnbrechenden Arbeiten wurde er Professor des Sanskrit an diesem College. Seine führende Stellung in der indischen Sanskrit-Wissenschaft wurde bald anerkannt. 1886 leitete er als Präsident den Wiener Orientalistenkongress und trat mit den europäischen Gelehrten in nähere Berührung. In diesem Jahre wurde er zum Ehrendoktor der Universität Göttingen gemacht. Außerdem war er noch Ehrendoktor von Kalkutta und hatte von Edinburgh den Ehrendoktor der Rechte erhalten. Das Institut für orientalische Sprachen an der Universität Poona, das von ihm errichtet wurde, heißt zum Andenken an ihn Bhandarkar-Institut.

Gefäßliche Schmetterlinge. Die neueste Hebertragung auf dem Gebiete der Fälschung wird aus Amerika berichtet. Diesmal sind die Insekten- und Schmetterlingskammer die Leidtragenden. Wie weit die Fälschungen reichen, läßt sich noch nicht übersehen; man sieht erst am Anfang der unzureichlichen Entdeckung. Immerhin läßt sich über die Methode, mit der die Kunst auf ihrem neuen Gebiet arbeitet, schon einiges mitteilen. Auf die Flügel des Schmetterlings, der neu „gefälscht“ werden soll, wird nach dem Sprüherfahren eine winzige Schicht flüssigen Klebstoffs aufgetragen, und dann werden feingemahlener Puder von Pastellfarben oder andere staubförmige Farbstoffe gestreut. Es werden nicht nur alte Schmetterlinge wieder jung gemacht, sondern gewöhnliche in seltene verwandelt, und es werden sogar ganz neue Arten geschaffen, die an Liebhaberfälschungen besonders teuer verkauft werden, von denen aber Rutter Natur nichts weiß. So hat ein solcher Sammler, wie eine amerikanische Zeitschrift berichtet, einen Schmetterling erworben, dessen samt-schwarze Flügel von einem roten Band überquert sind, das mit lebhaften, blauen Punkten überzogen ist. Natürlich wandten sich die Fälscher mit ihren Fälschungen niemals an Berufssammler; sie besaßen einen festen Kundentum unter denen, die zu ihrem Vergnügen sammelten, bis kürzlich der Käufer des roten Schmetterlings seinen seltenen Erwerb mit der Lupe nachprüfte und hierbei den Betrug erkannte, dem er zum Opfer gefallen ist. Natürlich ist die Aufregung unter den amerikanischen Sammlern groß; denn jeder muß fürchten, daß die wertvollsten Stücke seiner Sammlung stark retouchiert oder gar Fälschungen sind.

Abstempelung der Walfische. Die „Discovery“, das zu historischer Berühmtheit gelangte Schiff des verunglückten Südpolarforschers Kapitän Scott, nicht im Dienste der Regierung der britischen Falklandinseln von Portmouth aus, um nach einem Bericht der „Räder“ in vierjährigen Kreuzzug und Quercfahrten durch das

Südliche Eismeer und die angrenzenden, von Walfischen bedrückten Gewässer die Wanderungen, Schlupfwinkel, Lebensgewohnheiten, Häufigkeit der Tiere und alles sonst Wissenswerte über sie zu erkunden. Da der Walfischfang der wichtigste Erwerbsszweig der Bewohner der Falklandinseln ist und die Zukunft des Gewerbes arg bedroht erscheint, soll die Expedition in erster Linie Mittel und Wege suchen, um einer Ausrottung der wertvollen Tiere zu steuern. Die „Discovery“ wird mehr ein schwimmendes Laboratorium sein, als ein Walfischfänger im technischen Sinne. Sie ist nicht schnell genug, um Walfische zu fangen, und nicht darauf eingerichtet, sie an Bord zu nehmen. Dagegen sollen so viele Tiere wie möglich mit einem Netzzeihen versehen werden, indem man festhängende, nicht rostende und mit gewissen Daten und Angaben über Fangort usw. versehene Scheiben in ihre Haut hineinsteuert. Die Walfischfänger werden dann bei jedem späteren Fang die etwa vorgefundnen Netzzeihen nebst ihren eigenen ergänzenden Angaben abzugeben haben. Die geplante Kennzeichnung der Tiere wird nach ihrer Erlegung durch die Walfischfänger Fingerringe über die Schnelligkeit ihres Wachstums, ihrer Wanderungen und wohl auch über ihre durchschnittliche Lebensdauer liefern. Man weiß bisher sehr wenig über die Art der Wanderungen und ihre Gründe; bekannt ist nur, daß die Riesen der Polarsee sehr große Entfernungen zurücklegen.

200 000 Mark für eine Geige. Eine der berühmtesten Geigen der Welt, die sogenannte „Récamier-Stradivarius“, ist von dem Geiger Mischa Elman von einer Pariser Firma zu einem Preise erworben worden, der mit 200 000 Mark angegeben wird. „Es ist meine dritte Stradivarius“, sagte Elman über diesen Kauf. „Die Geige, die das Datum 1717 trägt und sich früher im Besitz der Madame Récamier befand, gehört der „goldenen Zeit“ von Stradivarius an, in der seine besten Werke entstanden. Ich glaube, daß es eine der drei besten Geigen der Welt ist. Die sogenannte „Récamier-Geige“ in London ist vielleicht die berühmteste, aber sie befindet sich in der Hill-Sammlung und wird niemals gespielt. Dasselbe Schicksal hat die „Betts-Geige“ in der Rogers-Sammlung zu New Haven in Connecticut; auch sie ist ein bloßes Schaustück. Diese dritte Geige aber wird von mir gespielt werden, so daß sie Musikfreunde überall hören können.“

Portugiesische Expedition. Die Portugiesische Geographische Gesellschaft in Lissabon bereitet eine große Expedition vor, die dem Studium der Land- und Meeresfauna im Äquatorialgebiet gewidmet sein soll. Zu diesem Zweck wird ein besonderes Forschungsschiff angelerichtet, das 3 Jahre unterwegs sein wird. Die Expedition wird durch freiwillige Beiträge finanziert.

Neue deutsche Schnellschiffe. Einem Hamburger Schiffsbauer ist es nach einer Meldung in „Reclams Universalium“ gelungen, die Fahrgeschwindigkeit der Schiffe durch einen besonders konstruierten Einbau wesentlich zu erhöhen. Der Behälter, der dem Schiff Widerstand entgegenstellt, wird zum Verhindern gebracht und die vom Bugwölfer herdrückende Strömung am Heck wird beseitigt. Die Hamburger Schiffbau-Versuchsanstalt hat bereits umfangreiche Versuche mit dieser neuen Erfindung angestellt.

Spielplan der Urania vom 29. August bis 6. September. Im Theater abends 6 1/2, 8 1/2, 10 Uhr (Sonderabende und Sonntags 4 1/2, 6 1/2, 8 1/2). „Säbelsabenteuer“, Rannabühnen im 6. Akt mit einleitendem Vortrag von Dr. a. Vogel; im Orchester am 2. 5. und 6. September 7 Uhr abends „Kagabate, der Menschenfresser“, Film mit Vortrag von Dr. a. Vogel.

France (Frankreich) begrüßt es als Hauptergebnis des Kongresses, daß er den Beweis geliefert habe, daß die Internationale wieder hergestellt sei. Die Hoffnung und das Ziel des Kapitalismus im Weltkriege, die Arbeiterinternationale nie wieder aufleben zu lassen, seien endgültig zunichte gemacht worden. Wirksam entgegen der Unterstellung, daß die Internationale sich durch Genf beeinträchtigen lasse. Rein, sie sei es, die auf die anderen einwirkte. Er forderte schließlich die Genossen aller Länder auf, den Gruß des sozialistischen, friedlichen Frankreichs heimzubringen. Mit dem begeisterten Gesang der Internationale schloß um 1 Uhr nachts die arbeits- und erfolgreiche Tagung des Kongresses.

Die Kapitalkapital-Internationale.

Nährigkeiten gegen Proletariat-Solidarität.

Die schwerindustrielle „Telegraphen-Union“ verbreitet eine angebliche Zeitschrift „aus Bankbeamtenkreisen“, in der über das traurige Schicksal der abgebauten Bankangestellten geklagt und behauptet wird, daß „alle verantwortungsbewußten Stellen“ eifrig bemüht seien, die Notlage der abgebauten Bankangestellten zu mildern. Die abgebauten Bankangestellten haben von diesen Bemühungen bisher allerdings nichts bemerkt.

Dieses Klagegedicht ist die Einleitung zu einer Antempörung des „Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten“, dem vorgeworfen wird, zugunsten der streikenden Bankangestellten Frankreichs Sammlungen veranstaltet zu haben. Derartige Sammlungen, so bekundet die schwerindustrielle Nachrichtenagentur, zeugten von der „internationalen Einstellung“ des Allgemeinen Verbandes, dem seine französischen Genossen näher ständen als die notleidenden deutschen. Pathetisch wird dann ausgerufen: „Wer hat denn für die deutschen Bankangestellten im Auslande gesammelt?“

Diese dummdreife Frage eines Ignoranten ist leicht zu beantworten: Während des Inflationsjahres 1923, als die Hoffnung deutscher Schwerindustrieller auf den Bankrott der Gewerkschaften besonders heftig war, wurden von den ausländischen Gewerkschaften den deutschen freien Gewerkschaften, also auch den freigewerkschaftlich organisierten Bankangestellten, sehr erhebliche Unterstützungen gewährt. Sie erreichten in einem Jahre den Betrag von rund 850 000 Goldmark. Und 1924, als die Nachwirkungen der Inflation noch immer zu spüren waren, sind weitere hunderttausende Goldmark von ausländischen Arbeitskameraden den deutschen Gewerkschaften zugesprochen. Dieser Fall internationaler Solidarität gegenüber den deutschen Arbeitern und Angestellten ist nicht vereinzelte. Wir erinnern nur an die Unterbringung und Verpflegung deutscher Kinder im Auslande, die vornehmlich von den ausländischen Gewerkschaften gefördert wurde. Wenn jetzt die deutschen Bankangestellten ihren französischen Kollegen zu Hilfe kommen, so bekunden sie damit nur, daß sie die Solidaritätsbeziehungen ihrer ausländischen Kameraden nicht vergessen haben. Und es ist wertvoll, festzustellen, daß die deutschen Bankangestellten und die schwerindustrielle „Telegraphen-Union“ tiefunglücklich darüber sind, wenn dem französischen Bankkapital Abbruch geschieht durch Unterstützung der um Aufbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Bankangestellten! Die Internationale des Kapitals zeigt ihre enge Verbundenheit auch heute wieder!

Oppositioneller Wahlsieg in Rumänien.

Bukarest, 27. August. (TL.) Die Wahlen zur Landwirtschaftskammer, die auf den Ausgang der bevorstehenden Parlamentswahlen Schlüsse zulassen, haben mit der völligen Niederlage der liberalen Partei geendet. Die vereinigte Opposition hat bisher 35 Sitze, die liberale 25, die Koerescuaner 4 Sitze erhalten.

Auflösung eines Stadtforschers. Der ganze Sowjet der Stadt Samarkand ist auf Anordnung des Gebiets-Exekutivkomitees „wegen völligen Mangels an Aktivität und weil er sich in keiner Weise arbeitsfähig erwiesen habe“ aufgelöst worden.

„Objektivität.“

Die Aufnahme des Arbeiterportkartells in den Hauptausschuß für Leibesübungen abgelehnt!

Die letzte Sitzung des „Hauptausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege“ bot des Interessanten übergenug. Außerordentlich reichhaltig ist es, zu beobachten, wie sich alle Herren des bürgerlichen Lagers um die Lösung der immer wieder auftauchenden Frage der Anerkennung von Vereinen, die Todfeinde der Republik sind, herumdrücken wollen. Die Anerkennung als jugendpflegerischer Verein bringt bekanntlich allerlei Vorteile, wie Fahrpreisermäßigung bei Wanderungen, geldliche Unterstützung, Gewährung von Heimräumen, Spielplätzen usw. Als geradezu unerhört muß es empfunden werden, daß Vereine, aus denen die Rathenau- und Erzberger-Mörder stammen, als Jugendpflegervereine anerkannt werden, also staatliche und kommunale Förderung erfahren. Es ist an der Zeit, daß das „Volkswohlfahrtsministerium“ endlich einmal klare Richtlinien schafft.

Zur letzten Sitzung des Ausschusses lagen zwei Aufnahmeversuche vor. Ein Antrag des „Jugendsozialen Ordens“ und des „Arbeiterport- und Kulturkartells Berlin“. Solch ein Antrag wurde ganz besonders von Stadtschulrat Anders-Steglich für die Aufnahme des „Jungdo“ plädiert, dieser Gruppenorganisation randallierender, unreifer Burschen. Man müsse strengste Objektivität wahren und das sei er als Stadtschulrat gewöhnt, so Herr Anders, der Kommunalbeamte. Die politische Seite ginge dem Hauptausschuß nichts an, der „Jungdo“ treibe Jugendpflege und müsse anerkannt werden. Man dürfe die Jugend nicht vor den Kopf stoßen, sondern müsse sie erziehen. (!) Kurzum, Herr Stadtschulrat Anders stößt über vor Objektivität. Von der Objektivität war jedoch bei der Behandlung des Antrages des „Arbeiterport- und Kulturkartells“ nichts mehr zu spüren. Wegen innerer Auseinandersetzungen in den Arbeiterportorganisationen (Naturfreunde), die nun in Wirklichkeit den Hauptausschuß nichts angehen, erhob Herr Anders aus Steglich Einspruch gegen die Aufnahme. Dieser großen Spitzgruppenorganisation der Berliner Arbeiterpartei mit ihren Zehntausenden von Mitgliedern. Sagensgemäß ist damit die Aufnahme abgelehnt, das Arbeiterportkartell muß sich nunmehr an die Hauptversammlung wenden. Der Vorsitzende Prof. Heinrich, der sich ebenfalls für den „Jungdo“ eingesetzt hatte, wandte sich beziehungsweise nicht gegen den Einspruch! Wie sagend!

So wird es gemacht — mit voller Objektivität! Warme Worte für staatsfeindliche, militärisch organisierte Horden, Ablehnung der Organisationen der Arbeiterpartei, die Vorbildliches aus dem Gebiete der Jugendpflege und Leibesübungen leisten. Es ist Zeit, daß mehr frische Luft in den Hauptausschuß und in die Berliner Jugendämter zieht. Hohe Zeit ist es aber auch, daß die Arbeiterparteiorganisationen von den städtischen Behörden mehr unterstützt werden, daß nicht mehr Tausende von Mark lediglich in die Kassen

der bürgerlichen Sportverbände fließen und für die Arbeitervereine nur Groschen oder nichts mehr vorhanden ist.

Arbeiterpartei vor die Front! Der 25. Oktober gibt Gelegenheit, die arbeitseräubliche Mehrheit im Stadtparlament zu brechen. Ist das erreicht, dann wird es möglich sein, auch für die Arbeiterpartei etwas zu schaffen, aber auch nur dann!

Verteuerung der Briketts.

Seltene Rechtfertigung der Interessenten.

Ob die Arbeitsgemeinschaft des Berliner Briketthandels den richtigen Zeitpunkt für die Erhöhung der Brikettpreise, über die wir im gestrigen Abendblatt berichtet haben, angesichts der Preisverbilligungspolitik der Regierung gewählt hat, darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Der Leiter der Pressebesprechung, über die wir ebenfalls berichteten, führte aus, daß in Berlin 40 Millionen Zentner pro Jahr umgehrt werden, und daß an diesem Umsatz circa 250 Plaghändler und 3000 bis 4000 Kleinhändler beteiligt sind. Es war das Bestreben aller am Rohlenhandel interessierten Kreise, die Preise für diejenigen Abnehmer, die wirtschaftlich am schwächsten gestellt sind, nur so wenig wie möglich steigen zu lassen und zu diesem Zweck wurde die Preisspanne zwischen Lager und der Lieferung frei Haus vergrößert. Obwohl die Lasten sich seit der Stabilisierung von 49 Pf. auf 57 Pf. stellen, hat die Arbeitsgemeinschaft von einer Preiserhöhung bisher Abstand genommen. Sie sind natürlich am höchsten bei der Abnahme kleinerer Mengen. Verbilligungen sind trotz erhöhter Lasten ebenfalls eingetreten, nämlich bei dem Bezug von Industriekohlen und bei dem Bezug von Kohlen für Bäckereien, so daß also die Bäckereien die Verteuerung der Kohle nicht als Vorwand für Preisverhöhungen nehmen können. Gegenüber Einwänden, daß eine Verringerung des Verteilungsapparats eintreten müsse, wurde von den Rednern der Versammlung darauf hingewiesen, daß diese Verringerung nicht von heute auf morgen geschehen könne, und ebenso wenig sei es angängig, durch eine Durchschnittsberechnung der Lasten den kleinen Verbrauchern auf Kosten der großen Verbraucher Vorteile zu kommen zu lassen. So wünschenswert dies sei, so sei es doch technisch unmöglich.

Uns will es scheinen, als ob die ganze Kohlenpreisfrage nicht etwa vom Handel oder von dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird, sondern einzig und allein durch die Diktatur übermächtiger Syndikate, die in der Lage sind, dem Kohlenmarkt die Preise aufzuzwingen, die sie für richtig halten. Daß sie um Gründe, diese Preispolitik der Defizitlichkeit gegenüber zu rechtfertigen, nicht verlegen sind, darüber brauchen wir an dieser Stelle kein Wort zu verlieren.

Zur Raubmordsache Jakobi.

In Ermittlungen in der Raubmordsache Jakobi, die, wie bereits mitgeteilt, durch datschologische Feststellungen nach 8 Jahren wieder aufgerollt wurde, haben sich inzwischen neue, der Aufklärung dienende Momente ergeben. Der festgenommene der Tat verdächtige Kurt Danielowski wurde noch einmal eingehend über seinen Lebenslauf vernommen. Für die weiteren Ermittlungen ist es von unbedingter Wichtigkeit, daß sich alle Kameraden und Vorgesetzte, die mit Danielowski in Verbindung gekommen sind, bei der Kriminalpolizei melden. Danielowski kam in das Lazarett in Mons, das besonders alle die Verwandten aufnahm, die aus den Schlachten um Arras kamen. Von Mons aus bekam er die Order, sich bei seinem Erstabteilung 175 in Braudens zu melden. Der Kompanieführer dieser Truppe im Jahre 1917 ist Danielowski dem Namen nach nicht mehr bekannt. Auf dem Wege nach Braudens nahm er Aufenthalt in Berlin. Auf die Einzelheiten will er sich nicht genau bestimmen können. Wieder ins Feld geschickt desertierte Danielowski von Montmedy aus und fuhr zu seinen in Danzig wohnenden Eltern. Während der Zeit der Ranzwirtschaft für Lebensmittel betrieb er einen schwunghaften Handel mit Butter. Sein Geschäft führte ihn öfters nach Berlin. Vorhermal werden alle Verlorenen, besonders diejenigen, die bei dem Erstabteilung des Regiments 175 die Bekanntheit Danielowkis gemacht haben, ersucht, sich schriftlich oder persönlich bei Kriminalinspektor Bennat im Zimmer 105 im Polizeipräsidium zu melden.

Radttänze in Berlin SW. und SO.

Nachdem durch die durchgreifenden Maßnahmen der Kriminalpolizei die Radttanzunternehmungen im Westen der Stadt fast ganz lahmgelegt worden sind, haben die Veranstalter sich anscheinend nach dem Südwesten und Südosten gewandt, um hier ihren Wägen die höchst fragwürdigen „Gehäuse“ zu bieten. Nach langwierigen Beobachtungen gelang es jetzt dem Sonderdezernat, zwei solcher Unternehmungen auszusuchen.

Man hatte festgestellt, daß in der Gegend der Friedrich- und Jägerstraße zahlreiche Schlepper nach Schluß der Lokale sich umhertrieb und den Leuten Angebote auf weitere „Vergnügungen“ machten. Man schreite sie dann nach einer Wohnung am Waterloo-Ufer, wo die Wohnungsinhaber, Vater, Mutter und Sohn, die Rollen der Fordposten übernommen hatten, um ihren Gästen unheimliche Lieberationen und Zusammenhänge zu ersparen. Als die Beamten hier eindringen, waren die Gäste durch einen zweiten Ausgang bereits geflüchtet. Man fand nur noch die aufgestellte Tafel mit den vielen Flaschen und Gläsern. Abwechslung mit der Wohnung am Waterloo-Ufer diente eine andere in der Reubenburger Straße zu derartigen Veranstaltungen. Hier ermittelte Kommissar Lüdde mit seinen Beamten 10 Personen und zwei Radttanzgerinnen, von denen die eine in ihren Kreisen unter dem vielversprechenden Namen „Knochen-Easy“ bekannt ist. Alle nahmen den Weg zur Wache angetreten, wo ihre Personalien festgesetzt wurden. Alle Mitteilungen aus dem Publikum, die dazu dienen können, diesem verbotenen nächtlichen Treiben ein Ende zu machen, nimmt Kommissar Lüdde im Polizeidienstgebäude in der Magazinstraße entgegen.

Speisenkarte mit Gesinnung.

Selbstverständlich, daß man auf einer Speisenkarte Reklame treibt und daß das Restaurant, das zu dieser Speisenkarte gehört, als das beste, billigste und angenehmste hingestellt wird. Warum sollen auch nicht auf der Vorderseite der Speisenkarte Bilder des Restaurants untergebracht sein, kein Mensch nimmt daran Anstoß. Doch das Pichorr-Haus geht noch weiter und zeigt neben Ansichten seines Restaurants, auch gleichzeitig die Gesinnung, die man dort pflegt. Jede der hübschen Zeichnungen von den Pichorr-Häusern auf dem Potsdamer Platz, in der Tauentzien- und in der Friedrichstraße ist von einem dezenten schwarz-weiß-roten Rand umgeben, eine zarte Andeutung, die auch der Begriffstüchtigste begreift. Es wäre aber auch sonderbar, wenn das Münchener Pichorr-Haus plötzlich schwarz-rot-gold fliehen würde.

Proteste der Kleingärtner.

Der Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands, Provinzialverband Groß-Berlin, e. V., veranstaltet folgende Protestversammlungen mit dem Thema „Was hat der Magistrat von Groß-Berlin zur Errichtung von Gartenheilmitteln-gebieten bis zum heutigen Tage getan?“ Am Sonntag, den 30. August: In Pantow, Gesellschaftsraum, Berliner Straße 102, 10 Uhr vormittags; in Prenzlauer Berg auf der Spielwiese im Friedrickshain, 9 Uhr vormittags; in Lichtenberg, Bubus Feldchen, Prinzenallee 30, 9 Uhr vormittags; in Reinickendorf-Ost auf dem Palenplatz, 10 Uhr vormittags; in Oberhagenweide, Restaurant Numengarten, 10 Uhr vormittags; in Charlottenburg, Spandauer Hof, 11 Uhr vormittags. Am Sonntag, den 6. September: In Neukölln-Brig auf dem Turnplatz der Freien Turnerschaft in Brig, 12 Uhr mittags; in Adlershof, Restaurant Weißstein, Bis-

markstraße, 10 Uhr vormittags; in Mariendorf, Chauffeestraße 305, 10 Uhr vormittags; in Schöneberg, Schloßbrauerei, 10 Uhr vormittags; in Spandau, Restaurant „Rosa Welt“, Teltower Straße 10, 10 Uhr vormittags; im Wedding, Pharus-Gäle, Müllerstraße 142, 10 Uhr vormittags. Sonntag, den 13. September: In Weiskensee. Sonntag, den 20. September: In Wilmersdorf, Restaurant Victoria-Garten, Wilhelmstraße, 10 Uhr vormittags.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Der „Verband der Reichsarbeitskünstler“ eröffnet in der Zeit vom 31. August bis 4. September Lehrgänge in Einheitslehrgang für Anfänger, Fortgeschrittene und in der Reichslehrgang. Der Unterricht findet in 20 Schulen statt. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Verbandes, B. 57, Marksteinstraße 12.

Liebe- und Ehe tragödien.

In Frankfurt a. M. gab in den Abendstunden ein junger Kaufmann Schüsse auf seine frühere Braut, deren jetzigen Bräutigam und dann auf sich selbst ab. Das Mädchen war sofort tot, der Täter starb nach kurzer Zeit, der Bräutigam ist schwer verletzt. — In Uhlleben bei Nordhausen erschof der Landwirt Walter Aurin, der mit seinen Schwiegereltern und seiner Frau seit längerer Zeit in Zwistigkeiten lebt, nach kurzem Wortwechsel seinen Schwiegervater, den Landwirt Hermann Junge. Mit einem zweiten Schuß brachte der Täter seiner Frau eine schwere Bauchverletzung bei. Der Mörder tötete sich darauf durch einen Schuß in die Schläfe. — Aus Messina wird gemeldet, daß ein Mann, als er vom Arzt erfuhr, daß seine Frau nur noch wenige Stunden zu leben hätte am Krankenbett seiner Frau vom Schloge getroffen tot zu Boden fiel. Seine Frau ist einige Minuten später, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verstorben.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

2. Kreis, Tiergarten. Morgen, Sonnabend, abends 8 Uhr, erweiterte Kreisversammlung bei Kroll, Pflanzstraße 10. Die Geschäftsleitung trifft sich bereits um 7 Uhr besetzt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38. Hof 2 Kr. Kameradschaft Bohndorf. Sonntag früh 8 30 Uhr Treffen der Kameraden am Bahnhof Gellnow zur Fahrt nach Fürstentum.

Geschäftliche Mitteilungen.

Unserer heutigen Postausgabe liegt ein Glückwunschkarte der Victoria-Einnahme Eilbermann bei, worauf wir unsere Leser besonders hinweisen. Beste-Jungmänner sind bekanntlich nunmehr von der Einkommensteuer befreit.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Konflikt bei der Reichsbahn.

Das ausgefallene Schiedsgericht.

Wie wir in unserer heutigen Morgenausgabe bereits mitgeteilt haben, ist das vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Schiedsgericht gesprengt worden, weil die Arbeitervertreter die Sitzung verließen. Ueber die Gründe ihrer Haltung heißt es in einem Brief an den Reichsarbeitsminister:

„Nachdem die Schlichtungskammer gemeinsam getagt hatte, fand eine Besprechung mit den Beisitzern der Arbeitnehmer und darauf eine solche mit den Beisitzern der Arbeitgeber statt. Im Anschluß hieran hat der Herr Vorsitzende seinen Standpunkt in bezug auf den bis dahin verhandelten Gegenstand niedergelegt und dann die Besprechung mit den Beisitzern des Arbeitgeberfortgesetzt. Ohne daß die Kammer als solche zusammentrat, wurde vom Vorsitzenden und den bei ihm anwesenden Arbeitgeberbeisitzern beschlossen, die Verhandlungen mit den Beisitzern der Arbeitnehmer und zugleich den beiderseitigen Parteivertretern wieder aufzunehmen, um die übrigen Streitpunkte zu verhandeln. Für die Beisitzer der Arbeitnehmer entstand Verstand, daß die Beisitzer der Arbeitgeber von der Ansicht des Herrn Vorsitzenden in bezug auf den bis dahin verhandelten Punkt „allgemeine Lohnerhöhung“ schon unterrichtet waren, während die Beisitzer der Arbeitnehmer sich darüber im Unklaren befanden. Dieser Umstand und die Ablehnung der von den Arbeitnehmerbeisitzern gestellten Anträge auf Verlagerung bzw. Unterbrechung der Sitzung führten zu Differenzen, die sich in der Kammer, ohne daß der Vorsitzende die objektive Leitung in der Hand behielt, so zuspitzten, daß die unterzeichneten Beisitzer die Sitzung unter Protest verließen.“

Es muß schon gesagt werden, daß der vom Reichsarbeitsminister bestellte Unparteiische nach dieser Darstellung es offenbar nicht für notwendig gehalten hat, gegenüber den Vertretern der Arbeiterschaft auch nur die oberflächlichsten Formen der Unparteilichkeit zu beobachten. Es ist ferner, daß der Unparteiische dem Auftrag vom Reichsarbeitsminister erhielt, jede allgemeine Lohnerhöhung rundweg abzulehnen. Vielleicht war dieser Oberbürgermeister a. D. nicht genau im Bilde und hielt es daher für notwendig, sich bei den Arbeitnehmervertretern die nötigen Aufklärungen zu holen. Daß unter diesen Umständen ein weiteres Verbleiben der Arbeitervertreter zwecklos war, liegt auf der Hand.

Was wird nun werden? Soweit wir unterrichtet sind, steht zu befürchten, daß es nunmehr zu Arbeitseinstellungen bei der Reichsbahn kommen wird und daß die Gefahr besteht, daß diese Arbeitseinstellungen sich verallgemeinern. Da der Reichsarbeitsminister noch einen Versuch machen wird, diese Gefahr zu bannen, indem er ernsthafte und ernstgemeinte Schlichtungsverhandlungen einleitet, zu denen sich die Arbeitervertreter bereit erklären, dafür trägt er die Verantwortung.

Scharfer Konflikt im Bäckereigewerbe.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am Donnerstagabend in den Germania-Sälen nahmen die dem Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbande angeschlossenen Bäcker Stellung zu den Lohnverhältnissen im Bäckergewerbe. Der 1. Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Berlin Schumann führte in seinem Bericht folgendes aus:

Da die Bäcker mit ihren im März vereinbarten Löhnen infolge der fortschreitenden Teuerung nicht mehr auskommen, beantragten die Organisationen Anfang Juli bei den Innungsmeistern und Brotfabriken Lohnverhandlungen. Da es in diesen Verhandlungen zu keiner Einigung kam, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser sollte am 17. August einen Schiedspruch, der eine Erhöhung des Bäckerlohns um 4 Mark die Woche vorsah. Da die Bäckermeister diesen Spruch ablehnten, wurde die Verbindlichkeitsklärung beantragt, vom Schlichter aber abgelehnt.

Die Bäckermeister wollten trotzdem ihr „soziales“ Empfinden betonen und „gewähren“ ihren Gesellen eine wöchentliche Zulage von 2 Mark. Gleichzeitig verringerten sie aber die Löhnerhöhungen um 20 Pf. und den Sonntagslohn um 30 Pf. Die Verhältnisse in den Bäckereien erfordern, daß am Sonntag eine Stunde gearbeitet werden muß, um das Heftstück für den nächsten Tag zu machen. Dafür erhält der Geselle bisher einen Stundenlohn. Dieser ist nun von 1,50 Mark auf 1,30 Mark herabgesetzt worden. Wenn man bedenkt, daß einschließend des Weges zur Arbeitsstelle ungefähr 3 Stunden dafür aufgewendet werden müssen, von einem freien

